

Andreas Seiverth: „Kirche der Freiheit“ und „Revolution von oben“ – Ein Strategieentwurf für den deutschen Protestantismus

Eine erste Anmerkung zum Impulspapier des Rates der EKD¹

„Auf Gott vertrauen“ und der eigenen Strategie – das sind die beiden Pole, zwischen denen sich ein „Impulspapier“ bewegt, das eine Perspektivkommission der EKD unter der Leitung des Ratsvorsitzenden Bischof Wolfgang Huber am 6. Juli 2006 vorgelegt hat. „Impulspapier“ wird es jedoch nur deshalb genannt, da der Rat der EKD über keinerlei „Direktionsmacht“ gegenüber den Landeskirchen verfügt; er kann jedoch anregen und „Impulse geben“. Denn wäre die EKD nach den Maßstäben eines Wirtschaftsunternehmens oder eines absolutistischen Staates organisiert, dann wäre der Text als Vorgabe der „obersten Leitung“ nichts weniger als die Aufforderung zu einer „Revolution von oben“. Damit ist weniger der anvisierte äußere Umbau und die Reduktion der Landeskirchen von derzeit dreiundzwanzig auf acht bis „höchstens“ zwölf gemeint, so historisch eingreifend diese Zielperspektive für sich schon ist. Es ist vielmehr der bedingungslose Reformimpetus und der analytisch-theoretische Zugriff, mit dem die Perspektivkommission vorgeht. Dieser Zugriff ist bestimmt von einer konsequent angewandten „Logik des Qualitätsmanagements“ und einer strategischen Managementperspektive, beides gestützt auf die Definition eines „kirchlichen Kernprogramms“, dessen Gehalt geistliche Kompetenz und „Beheimatungskraft“ ist (S. 50). Mittelpunkt und Ausgangspunkt ist eine in dieser Form bisher nicht gekannte in sich geschlossene „diagnostische Analyse“ und eine daraus abgeleitete „Therapie“, die in einem methodischen Dreischritt vorgenommen wird: „die Situation beschreiben, Perspektiven eröffnen, Ziele formulieren“. In diesem Dreischritt werden insgesamt zwölf, durchweg hoch anspruchsvolle Zielvorgaben formuliert, die in einer ziemlich überspannt wirkenden Metapher zuerst zu „Leuchtfeuern“ stilisiert und durch konkretisierende Einzelbeschreibungen dann in manchmal abenteuerlich optimistische Kennzahlen umgewandelt werden. (So soll z. B. die Zahl der Gottesdienstbesucher von gegenwärtig 4% der Mitglieder auf 10% bis 2030 gesteigert werden). In der Geschichte der „Denkschriften“ des Rates der EKD gibt es keinen vergleichbaren Text, der in dieser Form und in einer Mischung aus ökonomischem Krisenszenario, Fundamentalkritik der bisherigen Personalpolitik und verordnetem Optimismus zu einem nachhaltigen „Mentalitätswandel“ aller

kirchlichen Mitarbeitenden und zu einem „Paradigmawechsel“ im Führungsstil der Kirchen auffordert.

Führungsanspruch der EKD und landeskirchlicher Strukturwandel

Von diesem Impuls hat die Presse – erwartungsgemäß – nur die in der Tat groß angelegte grundsätzliche Strukturreform im deutschen Protestantismus wahrgenommen, die sich aus einem Fusionsprozess zwischen, im einzelnen nicht genannten, Landeskirchen ergeben soll. Diese Zielvorgabe wird im „elften Leuchtfeuer“, dem kürzesten Kapitel überhaupt, mit pragmatisch durchaus plausiblen Argumenten vorgetragen, weil „neben Gesichtspunkten des historischen Herkommens, der Bekenntnisbindung und der gewachsenen Vertrautheit zunehmend Gesichtspunkte der Zweckmäßigkeit eine erhebliche Rolle (spielen)“. Als letztes der zwölf Handlungsfelder wird eine klare Kompetenzerweiterung der EKD gefordert. Diese Forderung steht am Ende einer sorgfältig aufgebauten Argumentationsarchitektur, die die künftigen Handlungsfelder mit der Symbolzahl „zwölf“ strukturiert und darauf jeweils „drei“ Konkretisierungen bezieht. Diese zwölfte Zielvorgabe lautet:

„Auf Gott vertrauen und das Leben gestalten – die EKD-Ebene für ein ‚Evangelisch in Deutschland‘ profilieren. Im Jahr 2030 repräsentiert die EKD im Dienst der Gemeinschaft der Gliedkirchen den deutschen Protestantismus in der Öffentlichkeit und organisiert die Abstimmungsprozesse nach innen, soweit die Bekenntnisfamilien und Landeskirchen dies wünschen. In inhaltlichen Fragen formuliert sie gemeinsame Qualitätsstandards, auf juristisch-finanzieller Ebene bemüht sie sich um annähernd gleiche Arbeitsbedingungen und in thematischen Bereichen initiiert sie Kompetenzzentren und organisatorische Dienstleistungszentren. Das biblische Motiv des stellvertretenden Handelns wird in diesen Einrichtungen konkretisiert.“ (S. 97)

Die EKD artikuliert mit dieser Zielperspektive einen weitreichenden Kompetenzanspruch, der von dem klaren Bewusstsein und Ziel bestimmt ist, den „deutschen Protestantismus“ als einen einflussreichen und öffentlich sichtbaren Akteur zu profilieren und die „Meinungsführerschaft der EKD“ zu etablieren. Das Perspektivpapier versteht sich dabei selbst als eine erste Form, in der

dieser Anspruch eingelöst wird. Denn es wird ausdrücklich darauf abgehoben, dass der

„hier vorgelegte Entwurf einer Zukunftsvision (...) die perspektivischen Überlegungen aus den Landeskirchen aufnehmen und koordinieren, fortführen und verstärken (will)“, um „die vielen in Gang gekommenen Prozesse des Aufbruchs in einen Gesamtrahmen (zu) stellen, der die gemeinsame Verantwortung der Evangelischen Kirche in Deutschland sichtbar macht.“ (S. 45)

Diesem Anspruch liegt ein starkes, um nicht zu sagen, ein nicht überbietbares Argument zu Grunde, das eine berühmte These des Staatrechtlers Ernst-Wolfgang Böckenförde in höchst eigenwilliger Weise in Dienst nimmt und *ekkesiologisch uminterpretiert*: Das Argument stützt sich darauf, dass das „Christentum in der Moderne“ *in der dreifachen Gestalt eines kirchlichen, eines öffentlichen und eines individualisierten Christentums* auftrete. Dabei kommt dem *kirchlichen* Christentum eine Schlüsselrolle deshalb zu, weil sich die beiden anderen Formen ohne dessen Stärkung nicht weiter entwickeln könnten. Es ist diese These, die mit dem „Böckenförde-Theorem“ begründet wird: So wie der Staat von Voraussetzungen lebe, die er nicht selbst hervorbringen könne, so „(leben) das private und öffentliche Christentum von Voraussetzungen, die sie selbst nicht hervorbringen können; das kirchliche Christentum gehört zu diesen Voraussetzungen. Gleichgültigkeit gegenüber der äußeren Gestalt der Kirche wäre deshalb ein Irrweg. Die gemeinsame Sorge aller Christinnen und Christen muss vielmehr darauf gerichtet sein, die äußere Gestalt der Kirche zu stärken“ (S. 45; Hervh. AS).

Delegitimierung und „Umkehrung der Beweis-pflicht“ – Leitidee einer Politischen Ekklesiologie

Die EKD hat eine Argumentation entwickelt, die durch die erwartbaren Ablehnungsargumente der Landeskirchen noch keineswegs widerlegt, sondern höchstens unterlaufen worden sind. Denn die EKD-Akteure behaupten etwas, das die Landeskirchen nicht einfach bestreiten können bzw. erst einmal widerlegen müssten. Das heißt mit anderen Worten, sie sind es, die einem Rechtfertigungszwang ausgesetzt werden. Denn neben dem schwer widerlegbaren ökonomisch-finanziellen Krisenszenario stützen die Autorinnen und Autoren des Impulspapiers ihre organisationspraktischen Folgerungen auch auf die Behauptung, dass der „äußeren Gestalt“, also der Organisationsform, den Leitungs- und Entscheidungsstrukturen, den Vertretungsmandaten usw. eine unverzichtbare Funktion für den Fortbestand und das Überleben einer „Kirche der Freiheit im 21. Jahrhundert“ zukomme. Und diese These

wird mit der sprachlich-rhetorisch zwar abgeschwächten, der Sache nach aber ebenfalls deutlich ausgesprochenen anderen These verknüpft, dass die bestehenden Landeskirchen den funktionalen Anforderungen eines modernen Christentums nicht mehr genügen. Die historisch entwickelten und vertrauten Organisationsgebilde werden damit faktisch nicht nur als zufällige Produkte einer spezifisch deutschen Entwicklungsgeschichte in Frage gestellt; das Argument hebt implizit zugleich die historische Bindung ihrer Organisationsgestalt an die deutschen Territorialfürstentümer auf und macht die Organisationsformen der Kirche zu dem, was sie nach protestantischem Verständnis ja sind, zu einem „weltlich Ding“. Das heißt nichts weniger als dies, dass der deutsche Protestantismus sich um seiner Zukunft und seines Überlebens willen von seinen historischen Konstitutionsbedingungen emanzipieren muss.

Man würde die Strategie des Rates der EKD erheblich unterschätzen, würde man sich in der weiteren Auseinandersetzung nur auf die bisher in der Öffentlichkeit wahrgenommenen Konsequenzen einer Umgestaltung der Landeskirchen konzentrieren. Auch die kleinsten Landeskirchen können sich (und sie tun es hörbar) auf ihren juristisch in der Tat souveränen Status berufen. Deshalb setzt die Argumentation des Rates auch nicht an diesem Punkt an, sondern verknüpft vielmehr die mit Händen zu greifende, aber nie so ausgesprochene Leitidee einer politischen Ekklesiologie mit einer systematischen Strategie der Delegitimierung aller „gewachsenen Strukturen hin zum Ergreifen neuer und verheißungsvoller Möglichkeiten“ (S. 24). Das ist Besänftigungsrhetorik; an anderer Stelle wird als der kategorische „Zukunfts-Grundsatz für den anstehenden Mentalitätswechsel und den dazugehörigen Paradigmenwechsel“ das schon im Jahr 2004 formulierte Prinzip einer „Umkehrung der Begründungspflicht“ wiederholt, wonach sich alle bestehenden Aufgabenfelder nach dem Kriterium ihrer „zukünftigen Bedeutung“ selbst überprüfen bzw. überprüfen lassen müssen (S. 42). Mit dem Impulspapier hat sich der Rat der EKD definitiv und mit einem beachtlichen Argumentationsgewicht versehen, zum imaginären Souverän des deutschen Protestantismus erklärt, vor dem sich alle Diskutanten, wenn schon nicht erklären, so doch argumentativ behaupten müssen.

Anmerkung

¹ Das Impulspapier der EKD ist am 6. Juli 2006 unter dem Titel „Kirche der Freiheit – Perspektiven im 21. Jahrhundert“ erschienen. Der Text ist sowohl im Internet (<http://www.ekd.de/aktuell/49150.html>) und als epd-Dokumentation 29/2006 erhältlich.

Milieus-Bildung-Kirche

Milieu und Bildung sind die verbindenden Fragestellungen der ersten drei Beiträge von Dajana Baum, Claudia Schulz und Helmut Strack in dieser Rubrik. Der Begriff Milieus als soziologische Kategorie ist ein Differenzierungsmerkmal und fasst Menschen mit ähnlicher sozialer Lage, ähnlichen Werthaltungen, Lebensauffassungen und Lebensweisen zusammen. Bildungsaspirationen und Bildungskarrieren, Weiterbildungsverhalten und Weiterbildungsinteressen unterscheiden sich milieuspezifisch ebenso wie die Präferenz für bestimmte Angebotstypen und -inhalte. Auch für den Blick auf die Mitglieder der Kirche und ihre Erwartungen erweist sich der Milieuansatz als produktiv. Das zeigt die 4. Mitgliedschaftsstudie der EKD und ihre Auswertung, die die Konzepte von Lebensstil, Lebensführung und Weltansichten zur Analyse einsetzte, was eine differenzierte Sicht auf die Mitglieder, ihre Bedürfnisse, Interessen, ästhetischen Vorlieben und ihnen entsprechende Angebote erlaubt. Die in der Untersuchung rekonstruierte plurale Struktur der Mitgliedschaft mit ganz unterschiedlichen Beteiligungsmustern weist Kirche als Kirche der Vielfalt aus. Eine Kirche der Vielfalt muss auch in der Kommunikation des Glaubens von den differenten Lebens- und Glaubensbezügen ausgehen, diese „aufnehmen“, „rekonstruieren“, „reflektieren und eine Aneignung“ ermöglichen. Einer der prominenten Räume und Organisationsformen, in denen das geschieht, ist die kirchliche Erwachsenenbildung und Bildungsarbeit.

Petra Herre

Dajana Baum: „Das Angebot muss stimmen“ – Milieuspezifische Bedingungen erfolgreichen Lernens

Weiterbildungsverhalten und soziale Milieus in Deutschland

In den Jahren 2001 bis 2003 wurde an der Ludwig-Maximilian-Universität München und an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf unter der Leitung von Prof. Dr. Heiner Barz und Prof. Dr. Rudolf Tippelt eine vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderte Untersuchung durchgeführt (vgl. Barz/Tippelt

2004), in dem die Itematterie des SINUS-Modells¹ (Soziale Lage, Einstellungen zu Arbeit und Leistung, Familie und Partnerschaft, Freizeit, Konsum, Geschmack etc.) um einen weiteren Baustein erweitert wurde: den Bereich der Weiterbildung.²

Aktuell werden in Deutschland zehn soziale Milieus unterschieden:

Die Grenzen zwischen den Milieus sind fließend; es existieren Berührungspunkte und Überlappungen zwischen ihnen. Einige Milieus sind quer zu sozialhierarchischen Strukturen zu verorten, wie beispielsweise die DDR-Nostalgischen oder die Modernen Performer; andere Gruppierungen nehmen ihre Position im sozialen Raum im Sinne klassischer Oben-Unten-Strukturen ein. Vereinfacht lässt sich die Aussage treffen, dass je höher ein Milieu im sozialen Raum angesiedelt ist, desto höher sind die traditionellen Kriterien sozialer Lage wie Bildung, Einkommen und Berufsstatus. Je weiter rechts das Milieu sich auf der horizontalen Achse befindet, desto moderner sind seine grundlegenden Wertorientierungen.

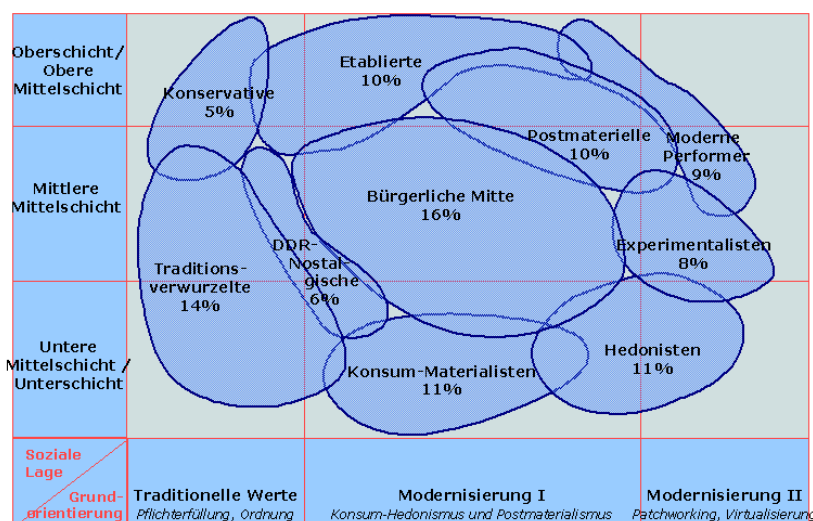


Abbildung 1: Die Sinus-Milieus in Deutschland 2006